

Antrag der AfD-Fraktion im Rat der Stadt Krefeld

-öffentlich-



Vorlagennummer

1200/26 A

Krefeld, 23.06.2026

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Beschlussform
Rat	09.07.2026	beschließend

Betreff

Plausibilisierung des geplanten Personal- und Versorgungsaufwands im Haushaltsplanentwurf 2026 - Einbringung eines Antrags der AfD-Fraktion vom 23.06.2026

Beschlussentwurf

Der Rat der Stadt Krefeld beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat unverzüglich, spätestens jedoch vor der abschließenden Beratung und Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2026, eine schriftliche und nachvollziehbare Plausibilisierung des im Haushaltsplanentwurf 2026 vorgesehenen Personal- und Versorgungsaufwands vorzulegen.

Diese Plausibilisierung hat insbesondere darzustellen:

1. welche konkreten Personalmaßnahmen, organisatorischen Veränderungen, Stelleneinsparungen, Wiederbesetzungssperren, Reduzierungen, Umstrukturierungen oder sonstigen Maßnahmen den für 2026 geplanten Personal- und Versorgungsaufwand in Höhe von 330,7 Mio. Euro rechtfertigen;
2. wie sich der geplante Personal- und Versorgungsaufwand 2026 gegenüber dem voraussichtlichen Ergebnis zum 31. Dezember 2025 in Höhe von 368,5 Mio. Euro um 37,8 Mio. Euro reduzieren soll;
3. in welchen Dezernaten, Fachbereichen, Ämtern, Eigenbetrieben oder sonstigen Organisationseinheiten die vorgesehenen Minderaufwendungen jeweils entstehen sollen;
4. ob die geplanten Minderaufwendungen bereits durch konkrete Beschlüsse, verbindliche Maßnahmen, Personalplanungen oder sonstige belastbare Grundlagen unterlegt sind;
5. welche Risiken bestehen, dass die geplante Reduzierung des Personal- und Versorgungsaufwands im Haushaltsjahr 2026 nicht oder nicht vollständig erreicht wird;
6. welche Auswirkungen die geplanten Maßnahmen auf Personalbestand, Stellenplan, Aufgabenwahrnehmung, Leistungsfähigkeit der Verwaltung und Servicequalität für Bürgerinnen und Bürger haben.

Begründung

Im Haushaltsplanentwurf 2026 wird der Personal- und Versorgungsaufwand mit 330,7 Mio. Euro veranschlagt. Demgegenüber wird für das vorläufige Ergebnis zum 31. Dezember 2025 ein Personal- und Versorgungsaufwand in Höhe von voraussichtlich 368,5 Mio. Euro ausgewiesen. Damit soll der Personal- und Versorgungsaufwand im Haushaltsjahr 2026 gegenüber 2025 um 37,8 Mio. Euro sinken.

Diese erhebliche Reduzierung ist erklärungsbedürftig, insbesondere vor dem Hintergrund steigender tariflicher Gehälter. Besonders auffällig ist, dass weder aus dem Vorbericht noch aus den Erläuterungen zum Haushaltsplanentwurf 2026 einschneidende Maßnahmen, belastbare Einsparprogramme oder konkrete personalwirtschaftliche Entscheidungen erkennbar werden, die eine derartige Absenkung plausibel begründen würden.

Ohne eine nachvollziehbare Darstellung konkreter Maßnahmen besteht der Eindruck, dass der Haushaltsansatz nicht auf realistischen Annahmen beruht. Sollte die Reduzierung des Personal- und Versorgungsaufwands lediglich rechnerisch angesetzt worden sein, ohne durch konkrete und umsetzbare Maßnahmen unterlegt zu sein, wäre von einer groben Fehlplanung auszugehen.

Ein Haushaltsplan muss die finanzielle Lage der Stadt realistisch abbilden. Wer erhebliche Entlastungen in den Haushalt einstellt, ohne diese mit konkreten Maßnahmen zu begründen, betreibt keine solide Finanzpolitik, sondern Haushaltskosmetik. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage und der bereits bestehenden strukturellen Defizite.

Der Rat ist auf vollständige, transparente und belastbare Informationen angewiesen, um den Haushaltsplan 2026 sachgerecht beraten und verantwortungsvoll beschließen zu können. Die beantragte Plausibilisierung ist daher erforderlich, um die Seriosität des Haushaltsansatzes für den Personal- und Versorgungsaufwand zu überprüfen und finanzielle Risiken für das Haushaltsjahr 2026 frühzeitig offenzulegen.

Mit freundlichen Grüßen
Hauke Finger
Finanzpolitischer Sprecher